

Zeitschrift: Film und Radio mit Fernsehen
Herausgeber: Schweizerischer protestantischer Film- und Radioverband
Band: 18 (1966)
Heft: 19

Rubrik: Die Welt im Radio

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DIE WELT IM RADIO

PARLAMENT, RADIO UND FERNSEHEN

FH. Ein altes Thema, das besonders bei Parlamentariern viele Aengste und Empfindlichkeiten aufrührt, sobald etwa von direkten Radio- oder gar Fernseh-Übertragungen aus unsern Parlamenten die Rede ist. Bekanntlich ist die schnelle und authentische Information unserer Hörer und Fernseher über wichtige, politische Vorgänge dadurch benachteiligt, dass keine Direktübertragungen aus den beiden eidg. Ratssälen in Bern erfolgen dürfen. So bleibt man bei uns auf Umwege angewiesen, auf politische Spezialsendungen, die aber natürlich nie das Fluidum und die genauen Zusammenhänge einer Ratssitzung wiedergeben können.

Ja mehr noch: die auch zu offensichtlichen Irrtümern und Einseitigkeiten zu führen geeignet sind. Da kein authentisches Bild einer Ratssitzung vorliegt, ist die Gefahr falscher oder tendenziöser Information immer möglich. Auch dem sachlichsten und nüchternsten Bearbeiter kann es dabei unterlaufen, dass er die Akzente falsch setzt, etwas hochspielt, das im Rate keineswegs eine grosse Rolle spielte oder umgekehrt etwas beiseite lässt, worauf dort Gewicht gelegt wurde. Das kann sich dann leicht ausbreiten, und die Herren Parlamentarier müssen sich nicht wundern, wenn dann etwa in Cabaretsendungen, wo Politik zu reiner Unterhaltung getrieben wird, Pfeile abgeschossen werden, die nicht immer verdient sind, oder umgekehrt dort fehlen, wo sie ins Schwarze hätten treffen können. Auf solche Sendungen dann etwa die Richtlinien über die Berichterstattung und Information in Art. 13 der Konzession anwenden zu wollen, geht natürlich nicht an. Schon weil bekanntlich selbst Könige sich Hofnarren gehalten haben, und es ein altes Vorrecht der Bänkelsänger und Cabarettisten ist, die Politiker und ihre Sprüche satirisch und parodistisch aufs Korn zu nehmen, vorausgesetzt, dass es mit Witz geschieht.

Gefährlicher scheint uns aber, dass es infolge der fehlenden Direktübertragungen möglich wird, dass ernsthafte Sendungen montiert und Berichte, Kommentare usw. abgegeben werden können, die ganz auf die Tendenz des jeweiligen Sendeleiters oder Redners zugeschnitten sind. Interviews werden durch entsprechende Auswahl der Teilnehmer von vornherein in bestimmter Richtung gefärbt, ja auch Diskussionen am Runden Tisch, und dadurch Auffassungen verbreitet, die dem wirklichen Sachverhalt, wie er in den Parlamenten zur Sprache kam, widersprechen.

Das ist alles nur möglich, weil, anders als in andern Ländern, bei uns keine Direktübertragungen der Parlaments-Debatten stattfinden dürfen. Die Bürgerschaft kann deshalb bei uns auch in wichtigsten Fällen nicht kontrollieren, was wirklich gesagt wurde und welches der Tonfall war, ob es ironisch, sarkastisch, protestierend, kategorisch oder versöhnlich usw. gemeint war. Angesichts der heutigen, technischen Massenkommunikationsmittel, die all das mit Leichtigkeit an jederman vermitteln können, bildet dies einen Informationsmangel, den sich die Bürger- und Wählerschaft nicht gefallen lassen sollte. Gewiss, es ist bis jetzt auch ohne gegangen, aber das heisst nicht, dass es für alle Zeiten so bleiben soll. Auch unsere Bundesversammlung und selbst kantonale Parlamente werden gut tun, sich den neuen technischen Möglichkeiten anzupassen, wenn sie sich nicht dem Vorwurf reaktionären Beharrens beim längst überholten Alten aussetzen wollen.

Gewiss kann eine solche direkte Berichterstattung über Radio und Fernsehen auch negative Auswirkungen haben. So besteht die Gefahr, dass noch mehr als bis jetzt zum Fenster hinausgeredet wird, dass das oder jenes ungesagt bleibt, dass Demagogen mit Schlagworten einen grösseren Wirkungskreis erhalten usw. Aber das kann den Vorteil echter und rascher Direkt-Information der Bürgerschaft niemals aufwiegen, während wir jetzt - seien wir offen - doch immer nur so oder so gesiebte Informationen erhalten, wenn auch oft das Streben nach sachlicher Information unverkennbar ist. Dazu fehlt ganz und gar die Information über die Persönlichkeit der Parlamentarier, etwa ihre Durchschlagskraft in Debatten, ihre Argumentation, Geistesgegenwart und Schlagfertigkeit usw. Das Volk, das sie gewählt hat, besitzt einen Anspruch darauf, sich auch darüber ein Bild machen zu können, nachdem die modernen Massenmedien dies ermöglichen. Diese vor dem Parlamentsgebäude einfach abzuschalten, ist engherzig und kleinnützig und nährt dazu noch den Verdacht, dass ein Teil des Parlamentes, vielleicht der führende, sich darüber sorgt, es könnten durch Direktübertragungen Dinge allgemein bekannt werden, die man eben nicht bekanntzugeben Ursache hat, zum Beispiel die Anzahl der leeren Sitze.

In diesem Zusammenhang ist es vielleicht angebracht, auf das Verhalten anderer Parlamentarier hinzuweisen, auf das englische Unterhaus nämlich, der Mutter der demokratischen Parlamente des Abendlandes. Dort wird nun in absehbarer Zeit sogar das Fernsehen in Direktsendungen Sitzungen oder doch Ausschnitte aus ihnen übertragen. Im November 1964 war ein Spezialcomité geschaffen worden, das über Direktsendungen bei Diskussionen über grundsätzliche Fragen und über Fernsehübertragungen allgemein zu beraten hatte. Dieser Bericht ist zur Zeit, da wir dies schreiben, noch nicht publiziert, doch wird seine Veröffentlichung stündlich erwartet. Die Zeitungen sind überzeugt, dass damit sogar regelmässige Fernsehübertragungen aus dem Unterhaus in die Nähe gerückt sind. Sehr erleichtert wurde diese Stellungnahme durch einen einstimmigen Beschluss des Oberhauses, dass es Fernseh-

übertragungen seiner Sitzungen begrüssen würde.

Selbstverständlich würde, auch wenn das Comité Direktübertragungen bedingungslos gutheissen würde, zuerst nur eine Versuchsperiode erfolgen auf begrenzte Zeit, im Sinne eines Experiments. Macmillan wollte ganz vorsichtig sein, und schlug vor drei Jahren vor, zuerst Fernsehübertragungen nur innerhalb des (allerdings grossen) Westminsterpalais vorzunehmen, drang aber damit nicht durch. Heute, wo ein stark verjüngtes Parlament versammelt ist, das mit der Zeit gehen und nicht den Vorwurf reaktionären Verhaltens auf sich sitzen lassen will, sind viel weniger Widerstände zu befürchten. Ein sehr grosser Teil der Mitglieder ist ausserdem bereits bei den Wahlen im Kreuzfeuer der Fernsehapparate gestanden, ja vielleicht erst durch sie hineingekommen. Dieser hat natürlich keine Ursache, dass das Fernsehen zu scheuen, im Gegenteil.

Im Oberhaus erklärte der Vertreter der Regierung seinerseits, die Einführung des Fernsehens würde keine besonderen Schwierigkeiten schaffen. Es könnte unter den bereits vorhandenen Lichtverhältnissen arbeiten, bedürfte keiner Scheinwerfer und ein einziges Bildband würde genügen. Die Kosten würden ca. 3,3 Millionen Franken für einmalige Kapital-Investitionen betragen, wozu jährliche Betriebskosten von ca. einer Million Franken kämen. Ein blosses Experiment würde selbstverständlich bedeutend billiger kommen. Er wünschte, dass das Fernsehen mit dem Unterhaus gemeinsam durchgeführt werde.

Das Hauptargument für Direktübertragungen fasste er in die Worte zusammen: "Die Parlamentarier haben einen Anspruch darauf, dass ihre Worte eine so grosse Zuhörerschaft wie nur immer erreichen. Und die Zuhörerschaft hat ein Recht darauf, so direkt und so detailliert wie möglich informiert zu werden".

POLITIK UND KIRCHEN IN DER OEKUMENE

I

FH. Im westdeutschen Rundfunk sprach zum Thema "Neue Grenzen - ökumenisches Christentum morgen" neben dem katholischen Jesuitenpater Hirschmann auch der evangelische Mitarbeiter des Senders, Cornelius Bormann. Er erinnerte an die grosse Wandlung, welche das deutsche Verhältnis des Christen zum Staat seit den Tagen des Kaisertums aufzuweisen hat. Heute wird seine konkrete Verantwortung zur Politik von kaum einem katholischen Kirchenfürsten oder protestantischen Theologen mehr bestritten. Zwei Männer, wie Thielicke oder Gollwitzer, zwischen denen sonst genug Gegensätze bestehen, sind sich in diesem Punkt einig. Thielicke kann sagen, "die Kirche hat im politischen Bereich die Aufgabe, Gebote oder Verheissungen Gottes aus ihren falschen Beschränkungen auf die persönliche und private Sphäre zu befreien und in ihrem öffentlichen Anspruch klarzulegen". Ganz ähnlich tönt es bei Hellmut Gollwitzer: "Durch seine Sendung in die Welt und sein Liebesgebot verpflichtet Christus die Christen zur Teilnahme am öffentlichen Leben". Wenn die Kirchen allzu leicht und allzu schnell vom politischen Engagement sprechen, dann besteht der Verdacht, dass hinter diesem Wort bewusst oder unbewusst der Versuch steht, die kirchlichen Rechtspositionen oder gar Machtspositionen zu sichern. Es könnte sein, dass das Interesse der Kirchen für Regierung und Parteien nicht eigentlich ein politisches Interesse ist, das nach gerechten Lösungen sucht, sondern dass es aus höherem Eigennutz geschieht. Es könnte sein, dass die Kirche sich nur deshalb politisch engagiert, um den Mitgliederbestand zu wahren und zu sichern, die finanzielle Lage der Kirchen durch eine Einwirkung auf die Steuergesetzgebung zu verbessern, und den Einfluss auf die staatliche Erziehung der Jugendlichen noch zu vergrössern. In einem gewissen Ausmass dürften solche Aktionen sogar nötig sein, weil die Kirchen nun einmal eine Gruppe in der staatlichen Gesellschaft sind.

Nur sollte eine christliche Kirche ihr politisches Engagement nicht vorwiegend aus dem Blickwinkel einer Pressions-Gruppe sehen. Wo hinter der Forderung nach Partnerschaft der Kirchen auf dem politischen Sektor die Vorstellung steht, dass ein katholisch-evangelischer Interessenverband stärker sei als ein katholischer oder evangelischer allein, ist das nichts anderes als ein weltliches Machtstreben. Würden die Kirchen ausdrücklich darauf verzichten, die Arbeit der Regierung und der Parlamente in einem lobbyistischen Sinn zu beeinflussen, so hätten sie den Rücken frei zur Kritik an andern Gruppen, die Gemeinwohl mit Eigenwohl verwechseln.

Was meint aber "politisches Engagement der Kirche", wenn es nicht die Formierung eines Interessenverbandes bedeutet? Sollen die Kirchen versuchen, eine "christliche Politik" zu konzipieren? Was aber ist denn eine solche? Gibt es zum Beispiel eine christliche Lösung der gegenwärtigen Krise des Nord-Atlantik-Paktes? Gibt es eine solche für die Frage, ob ein zentralistisches oder föderalistisches System in einem Staat besser sei? Indem diese Fragen gestellt werden, sind sie schon verneint. Weil es aber in der Politik um solche Fragen geht, kann es in einem christlichen Sinn keine solche Politik geben. Was es aber gibt, das sind Christen in der Politik, in den Parteien.

Mit der Feststellung, dass es keine christliche Politik gibt, ist

England

- Anlässlich der Dreharbeiten für den Film "Privilege" kam es in den Strassen Birminghams zu einem Aufruhr von Hunderten von jungen Leuten beiderlei Geschlechts. Der Film erzählt die Geschichte eines "Pop"-Sängers, der eine religiöse Berufung erfährt und Prediger wird. Sie hätten dabei eine jugendliche Menge spielen sollen, die durch den Sänger in religiöse Ekstase gerät. Sie waren am Abend mit dem Versprechen versammelt worden, eine lustige Nacht zu erleben mit Wettbewerben und Jazz. Nachdem aber bis Mitternacht nur eine einzige Band gespielt hatte und sonst nichts passiert war, gerieten sie in Wut, rannten auf den Drehplatz, wo sie alles, Scheinwerfer und Ausstattung, kurz und klein schlugen. Die anrückende Polizei wurde mit harten Gegenständen beworfen und konnte die 3000 Jugendlichen nur mit grosser Mühe vertreiben. Der Regisseur beschloss, die Massenszenen in eine andere Stadt zu verlegen.

USA

- Der von verschiedenen Seiten als anstössig bezeichnete Film "Wer hat Angst vor Virginia Woolf?" ist von der Warner ohne Genehmigung der freiwilligen Selbst-Zensur der Filmwirtschaft uraufgeführt worden. Diese hat den Vorfall zum Anlass genommen, eine Revision der bisherigen Selbstzensur-Regeln, die als veraltet gelten, vorzunehmen. Es ist mit Sicherheit deren Lockerung zu erwarten. Ebenso sicher ist allerdings, dass die lokalen Zensurbehörden der Einzelstaaten dafür die Zügel straffer anziehen werden, was teilweise bereits geschehen ist.

Italien

- Auch in Italien ist eine Aktion gegen die zunehmende Versexualisierung der Filme in die Wege geleitet worden, und zwar im Parlament. Es wurde verlangt, die Ausfuhr aller Filme zu verbieten, welche dem Ruf des italienischen Films gefährden könnten, und die unfähige Zensurkommission in personeller Hinsicht aufzufrischen.

Deutschland

- Im Herbst 1966 wird in Deutschland das dritte "Automobil-Kino" ("Drive-in") eröffnet und zwar in Frankfurt, wo bereits eines besteht (Frankfurt-Gravensbruch). Die Befürchtungen, die seinerzeit gehegt wurden, besonders wegen der Wetterabhängigkeit (Regen, Kälte) dieser Kinos, in die man bekanntlich mit dem Auto hineinfahren kann, haben sich nach Ansicht der Initianten nicht bewahrheitet. (SS)
- Die Filmtheaterverbände beabsichtigen für nächsten Herbst die Organisation zahlreicher "Filmwochen" in den grösseren Städten, um das Interesse des Publikums wieder vermehrt auf den Film zu lenken. (SS)

AUS DEM INHALT

	Seite
BLICK AUF DIE LEINWAND	2,3
Die Festung fällt, die Liebe lebt (Les fêtes galantes)	
Alibi des Todes (Girl in the headlines)	
Karten auf den Tisch (Cartes sur table)	
Kommissar X: Drei gelbe Katzen	
Ich - eine Frau	
FILM UND LEBEN	4,5
Ende der Horrorfilme?	
New York gegen Hollywood	
Die europäischen Film Institute	
WAS BRINGT DAS RADIO?	6
FERNSEH-STUNDE	6,7,8
DER STANDORT	9,10
Die Internationale AVA-Konferenz in Venwoude Das Wort zum Sonntag Endlich eine Antwort	
DIE WELT IM RADIO	11,12
Parlament, Radio und Fernsehen Politik und Kirchen in der Oekumene	

Frankreich

- Als erste europäische Fluggesellschaft hat die Air France Bordkinos eingeführt. Auf den Langstreckenflügen haben auch die Passagiere der Touristenklasse die Möglichkeit, neueste Breitwand-Farbenfilme zu sehen. Der Filmtom muss allerdings infolge des Motorlärms über Kopfhörer übertragen werden.

(Schluss folgt)